

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 56 (1976-1977)
Heft: 2

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkt

ZWEI JAHRE REZESION

Seit zwei Jahren steht unsere Wirtschaft im Zeichen der Rezession. Zunächst wollten wir sie nicht wahrhaben. Dann akzeptierten wir sie als «konjunkturelles Zwischentief», dessen Dauer noch in Monaten vorausberechnet wurde. Und schliesslich – etwa seit dem vergangenen Sommer – begannen solche Prognosen verkramptter und auch seltener zu werden. «Mit der Rezession leben» ist seither die Devise. Zwar hofft man weiter auf erneute Konjunkturausschläge nach oben; doch im Konkreten disponiert man nüchtern. Redimensionieren ist in vielen Branchen und Einzelfirmen das Gebot der Stunde, was immer dies im einzelnen heissen mag.

Wie hat die *politische* Sphäre auf diesen ökonomischen Klimawandel reagiert? Das ist im Augenblick noch gar nicht so leicht zu sagen – zumindest soweit es das sogenannte Establishment betrifft. 1975 war ein Wahljahr, und im März 1976 wurde über die ordnungspolitisch bedeutsame Mitbestimmungsinitiative abgestimmt. In beiden Fällen wurde in den einschlägigen Führungsgremien eher hinhaltend-abwartend operiert; und das Wählerverhalten hat ihnen in gewissem Sinne recht gegeben. Im Herbst machte zwar mit der Sozialdemokratie eine Partei Gewinne, die gewissermassen auf Baisse spekuliert hatte: Sie hatte ihre Kampagne darauf ausgerichtet, die «bisherigen Machthaber» anzuprangern, etwa nach dem Motto «Wer bürgerlich wählt,

wählt die Krise», wie ein Slogan im Kanton Zürich lautete. Gleichzeitig aber verstärkte mit dem Freisinn ausgerechnet jene Partei ihren Stimmenanteil, die besonders ausgeprägt mit dem «herrschenden System» und der freien Wirtschaft identifiziert wird. In verschiedenen Kantonalwahlen liess sich seither ähnliches feststellen: Vormarsch der Sozialdemokraten, aber gleichzeitig auch Stärkung des Freisinns oder ähnlich gelagerter Parteien. Und dieses ordnungspolitische Patt, bei dem kleinere Parteien des «Mittelfelds» Haare lassen mussten, wurde in der Kampagne über die Mitbestimmung eher noch in bürgerlicher Richtung korrigiert: Die ordnungspolitische Rosskur der Linken, die mit scharfen Angriffen auf die bisherigen Unternehmensstrukturen schmackhaft gemacht werden sollte, wurde mit überraschender Deutlichkeit zurückgewiesen.

Kann man also parteipolitisch gesehen von einer «unstabilen Stabilität» unter deutlichen Anzeichen einer stärkeren Polarisierung sprechen, so ist andererseits nicht zu erkennen, dass jenseits aller ideologischen Einfärbungen doch unvermerkt einiges ins Rutschen kommt: Der Ruf nach dem Staat wird fast von allen Seiten lauter. Dieser soll neuerdings allenthalben lenkend eingreifen, Strukturpolitik betreiben und Arbeitsplätze sichern, Exporte fördern und Importe drosseln, Bildungspotentiale steuern und ganz allgemein das Wachstum wieder ankurbeln und

besser programmieren. Und dies alles im Zeichen einer ohnehin rasant anwachsenden öffentlichen Verschuldung und ohne Rücksicht auf frühere, zwiespältige Erfahrungen mit der sogenannten staatlichen «Machbarkeit der Verhältnisse».

Es ist gerade unter solchen Umständen kein Unglück, dass die Mühlen unserer direkten Demokratie eher langsam mahlen. So besteht einige Aussicht, dass die hektischen Rufe vieler Kreise der Öffentlichkeit nicht ebenso hektische Massnahmen des Staates auslösen. Denn gerade in Zeiten der Unsicherheit bedürfen wirtschaftspolitische Massnahmen weiter ausgreifender Art besonders sorgsamer Überlegung. Es hat zum Beispiel wenig Sinn, infrastrukturelle Vorhaben, die aufgrund wesentlich höherer Wachstumserwartungen geplant worden waren, nun um jeden Preis zu forcieren – mit dem Ergebnis, dass diese Infrastrukturen dann überdimensioniert sind und übermäßige öffentliche Lasten mit unerwünschten Steuererhöhungen auslösen. Auch ist längerfristig niemandem mit künstlich gesteuerten Wiederaufschwüngen

gedient, die an den Spielregeln gesunden Wirtschaftens vorbeigehen.

Das soll nicht heißen, dass die Politiker der Entwicklung tatenlos zuschauen müssen. Wohlüberlegte Wirtschaftspolitik kann jetzt im Gegenteil manches bewirken. Sie hat aber im Rahmen jener ordnungspolitischen Koordinaten zu erfolgen, die sich während Jahrzehnten bewährt und die unseren Wohlstand begründet haben. Und sie muss flankiert sein von einer Redimensionierung unserer eigenen «Erwartungsprofile». Als ein zwanzigjähriger Medizinstudent kürzlich nach seinem Eindruck von der Rezession gefragt wurde, meinte er ohne Zögern, er empfinde sie trotz allen bedrückenden Begeleitumständen für seine Generation als positiv: Der Verlust der Selbstverständlichkeit des Wohlstands sei ein wichtiges Erlebnis, das den Blick ausserdem wieder freier gemacht habe auf die Bereiche «jenseits von Angebot und Nachfrage». Das ist eine Optik, die sich derzeit auch ältere Jahrgänge noch vermehrt aneignen sollten.

Richard Reich

RISKANTE FINANZPOLITISCHE STRATEGIE

Am 21. März hatte der Souverän die Initiative des Landesrings auf Einführung einer Bundes einheitssteuer abgelehnt. Damit war das Feld für die finanzpolitische Offensive des Bundesrates frei geworden. Er war für diesen Augenblick gut gerüstet; der Bundesrat handelte prompt und folgte jenen finanzpolitischen Leitlinien, die im Finanzplan 1977–1979 als Teil des Regierungsprogramms für die laufende

Legislaturperiode bereits vorgezeichnet worden waren. Das Finanzpaket besteht aus drei Teilen:

1. Einführung einer Mehrwertsteuer mit Hilfe eines beschleunigten Rechtssetzungsverfahrens.
2. Änderung der direkten Bundessteuer; Ausmerzung der kalten Progression sowie Entlastung der unteren Einkommensschichten und

- entsprechende Verschärfung der Progression bei den höheren Einkommen.
- 3. Durchführung einer formellen Steuerharmonisierung.

Damit ist unser Land wieder einmal an einer *wichtigen finanzpolitischen Wegkreuzung* angekommen. Es wird von den politischen Instanzen sowie schliesslich auch vom Souverän ein Entscheid gefordert, der den stark ins Wanken geratenen Bundeshaushalt wieder ins Gleichgewicht bringen soll, der so dann der Modernisierung des Steuersystems zu dienen hat und der endlich insofern auch einen taktisch-politischen Zweck verfolgt, als er in der Sicht des Bundesrates eine Alternative zur Reichtumssteuerinitiative der Sozialdemokratischen Partei offeriert. Die Landesregierung hat sich mit diesem Vorgehen zu einer *Vorwärtsstrategie* entschlossen, die allerdings einige Risiken in sich birgt. Es ist keineswegs sicher, dass das Kalkül des Bundesrates aufgehen wird.

An den Anfang einer Beurteilung der bundesrätlichen Absichten ist der Tatbestand zu setzen, dass der Bundeshaushalt bereits heute tief in den roten Zahlen steckt und dass die Fehlbeträge dann, wenn nichts Entscheidendes passiert, Grössenordnungen annehmen werden, wie sie in der Geschichte des Landes bisher noch nie zu verzeichnen waren. Der Bundesrat ist im Blick auf diese Situation sicherlich zum Handeln gezwungen. Die benötigten Mehreinnahmen kann das bestehende Steuersystem nicht mehr erbringen. Der Rückgriff auf eine *neue Steuer* drängt sich auf.

Fraglich bleibt dabei allerdings, ob der Souverän eine Politik zu unterstützen bereit ist, die den Ausgleich im

Bundeshaushalt sehr einseitig wiederum auf der *Einnahmeseite* sucht, nachdem die entscheidenden Ursachen der Defizite in der Ausgabenpolitik zu suchen sind. Zwar hat der Bundesrat Sparanstrengungen unternommen. Aber sie sind im Vergleich zu den geforderten Mehreinnahmen eher bescheiden ausgefallen. Der Stimmbürger hat vor noch nicht allzu langer Zeit, nämlich an der denkwürdigen Abstimmung vom Dezember 1974, seine Priorität für eine *straffere Ausgabenpolitik* unmissverständlich geäussert. Die Vorleistungen, die der Bundesrat auf diesem Gebiet zur Rechtfertigung seiner Forderung auf Mehreinnahmen erbracht hat, sind kaum als ausreichend zu betrachten. Darin ist die erste Unsicherheit in der bundesrätlichen Strategie zu sehen.

Sodann beabsichtigt der Bundesrat, mit den vorgeschlagenen Änderungen bei der *Wehrsteuer* den Souverän – und die Sozialdemokratische Partei – für die Annahme der Mehrwertsteuer günstig zu stimmen. Die Sozialdemokratische Partei hat stets betont, dass sie die Mehrwertsteuer nur dann unterstützen könne, wenn die direkte Bundessteuer so umgestaltet werde, dass sie ihren Reichtumssteuerideen mindestens in der Tendenz entgegenkomme. Dies hat der Bundesrat getan; er hat das Junktim zwischen Verbrauchssteuern auf der einen Seite sowie den Einkommens- und Vermögenssteuern auf der andern Seite akzeptiert. Damit ist die bundesrätliche Finanzvorlage mit einer *politischen Hypothek* belastet worden, die nicht leicht zu verkraften sein wird. Darin spiegelt sich der zweite Unsicherheitsfaktor.

Und endlich folgt der Bundesrat einem *Harmonisierungsminimalismus*, der zwar als Ausdruck des äusserst schmalen finanzpolitischen Manöverier-

raums in unserem Lande betrachtet werden kann, der aber doch niemanden so recht zu befriedigen vermag. Die formelle Steuerharmonisierung zielt zweifellos in eine erwünschte Richtung. Es bestehen in unserem Land aber auch *materielle Steuerdifferenzen*, die wohl nicht allein als Reflexe des föderativen Gedankengutes in der Finanzordnung verstanden werden können. Der Steuerwildwuchs hat Formen angenommen,

die dringend der Überprüfung rufen. Der Bundesrat kommt diesem Wunsch nur minimal entgegen. Er lässt damit ein «mittleres» Unbehagen bestehen. Dies wäre der dritte Unsicherheitsfaktor.

In Würdigung all dieser Fakten wäre es wohl kühn, von einer politisch sicheren Vorlage zu sprechen.

Willy Linder

WAHLSCHATTEN ÜBER DER BUNDESREPUBLIK

Noch trennt die Bundesrepublik Deutschland von den Wahlen zum Bundestag, die am 3. Oktober stattfinden werden, ein knappes halbes Jahr, aber bereits ist das deutsche politische Geschehen im Begriff, in ihren Sog zu geraten. Noch vor ein paar Monaten hatte es so ausgesehen, als würde die Auseinandersetzung zwischen SPD/FDP-Koalition und CDU/CSU-Opposition sich in relativ ruhigen Bahnen bewegen. Zu *dominierend* schien die Stellung der Regierungsparteien, zu zerrissen und innerlich schwankend die Union, so dass sich der Eindruck aufdrängte, das Rennen sei gelaufen, noch ehe es überhaupt begonnen hatte.

Diese Szene hat sich rasch und gründlich gewandelt. Die *Initialzündung* kam vom «Machtwechsel» in Niedersachsen im Januar/Februar, als mit Hilfe von Stimmen freidemokratischer Abgeordneter die CDU in Hannover an die Regierung kam. Der Wandel setzte sich fort im Ja der Union zu den Polen-Verträgen, womit den Koalitionsparteien ein wirksames Wahlargument aus der Hand genommen wurde. Der Trend erreichte seinen Höhepunkt schliesslich

in den Landtagswahlen von Baden-Württemberg anfangs April, in denen die CDU nahe an die 60%-Grenze heranrückte, während Sozialdemokraten und Freidemokraten einen beträchtlichen Stimmenverlust erlitten.

Hüben wie drüben ist freilich versichert worden, das Wahlresultat von Stuttgart könne *keinesfalls als Test* für den 3. Oktober gewertet werden. Vor allem die CDU bemüht sich, nicht in eine voreilige Euphorie zu verfallen. Trotz des überraschend grossen Erfolges ist sich die Union bewusst, dass damit noch längst nicht alle Krisensymptome überwunden sind, welche die Partei in den letzten Jahren mehr oder minder permanent paralysierten. Nur zu oft erschien der Kurs der neuen Führung schwankend und zu wenig profiliert. Das Problem der Sonderposition der CSU schliesslich ist weit davon entfernt, gelöst zu sein, und es wird wohl so bleiben, solange Franz Josef Strauss seine alles beherrschende Rolle spielt.

Sucht die CDU so alles zu vermeiden, was sie in eine vorzeitige Siegeszufriedenheit versetzen könnte, so bemüht man sich auf der Gegenseite, nicht von

der Woge des Pessimismus überrollt zu werden. Tatsächlich wäre es für die Sozialdemokraten gefährlich, gerade jetzt ihre *parteiinternen Querelen*, die ohne Zweifel zum Debakel in Baden-Württemberg beigetragen haben, in aller Öffentlichkeit auszufechten oder gar an der Spitze der Partei durch die Ablösung Willy Brandts einen Wechsel vorzunehmen. Das Risiko, der Wähler würde solche Experimente nicht als innere Erneuerung, sondern als völlige Ratlosigkeit deuten, ist zu gross.

Aber auch die Freien Demokraten können es sich nicht leisten, so kurz vor dem entscheidenden Wahlgang das Pferd zu wechseln. Im Vorfeld und im Verlauf der baden-württembergischen Wahlen ist zwar die alte Frage, ob sich die FDP von vornherein auf einen Koalitionspartner festlegen oder sich die Option freihalten sollte, von neuem entbrannt. In Wirklichkeit haben die westdeutschen Liberalen im gegenwärtigen Zeitpunkt gar *keine Entscheidungsfreiheit* mehr. Sie sind auf die seit 1969 in Bonn regierende Koalition ver-

pflichtet. Sollte sich der FDP-Parteitag im Mai unter dem Eindruck der Niedergabe in Baden-Württemberg auf eine andere Linie festlegen, so würde damit nicht nur die Glaubwürdigkeit, sondern aller Voraussicht nach auch die Existenz der FDP mutwillig aufs Spiel gesetzt. Eine willkürlich zwischen den grossen Gruppen schwankende dritte Partei dürfte heute in der Bundesrepublik nur geringe Überlebenschancen haben.

Immerhin bleibt den Koalitionspartnern die Hoffnung, der *Schock* der letzten Monate habe aufrüttelnd gewirkt. Auch 1972 befand sich die Brandt/Scheel-Regierung im Frühjahr in einer schweren Krise, und sie hat im Herbst bei den Wahlen trotzdem eindrücklich triumphiert. Bis zum Oktober kann sich der Wind, der jetzt Sozialdemokraten und Freien Demokraten ins Gesicht weht, wieder drehen. Der Entscheid bleibt, trotz des Tiefs, in das die Koalition gegenwärtig geraten ist, weiterhin offen.

Alfred Cattani

Kommentare

KUBA, DIE SOWJETUNION UND AFRIKA

Als sich gegen Ende des letzten Jahres Meldungen über eine kubanische Militärpräsenz in Angola zur Gewissheit verdichteten, standen westliche Politiker und Kommentatoren vor einem Rätsel. Vielleicht wird man nie mit letzter Sicherheit klären können, was den kubanischen Inselcaudillo Castro dazu bewogen hat, rund einen Achtel seiner re-

gulären Streitkräfte nach dem Schwarzen Kontinent zu schicken und den Soldaten nach dem für die Volksbefreiungsbewegung (MPLA) errungenen Sieg auch noch ihre Familien folgen zu lassen. Revolutionäres Sendungsbesusstsein, Führungsanspruch in der Dritten Welt, romantische Vorstellungen von Blutsbanden zwischen schwar-